§ 2

(1) Jeder Schrottaufragte hat die Erfüllung des Schrottaufkommensplanes derjenigen Institution zu sichern, für die er zum Schrottaufragten bestellt ist.

(2) Die Feststellung, was als Schrott im Sinne der Verordnung anzusehen ist, trifft der Schrottaufragte.

§ 3

(1) Die volkseigenen Handelsorgane erhalten keine Schrottaufkommenspläne. Die Aufgaben der Schrottaufragten der Zentralen und Niederlassungen der volkseigenen Handelsorgane ergeben sich aus § 5 dieser Durchführungsbestimmung.

(2) Der Schrottaufragte einer Einrichtung der volkseigenen Handelsorgane hat bei Abgabe einer Schrotterklärung dem zuständigen Hauptdirektor bzw. Filialleiter und dem Hauptbuchhalter je eine Durchschrift seiner Erklärung zwecks Unterrichtung zuzustellen.

(3) Dem zuständigen Fachministerium und dem Staatssekretariat für Materialversorgung (Innere Reserven) ist jeweils mitzuteilen, welche Gegenstände des Anlage- bzw. Umlaufvermögens zur Verschrottung vorgesehen sind.

(4) Widersprechen die im Abs. 3 bezeichneten Stellen der Mitteilung über die beabsichtigte Verschrottung nicht innerhalb von 15 Tagen, so hat der Schrottaufragte die Schrotterklärung auszufertigen. Für den Beginn der Frist von 15 Tagen ist das Datum des Postaufgabestempels maßgebend.

§ 4

(1) Die Schrottaufragten bei der Deutschen Reichsbahn dürfen Material nur nach den Ausmusterungsrichtlinien der Deutschen Reichsbahn zu Schrott erklären.

(2) Die Deutsche Reichsbahn ist berechtigt, Material, das von ihr weiter verwendet werden kann, mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik über die Richtsatzplanbestände hinaus zu lagern.

§ 5

(1) Als Schrott im Sinne der Verordnung sind zu erklären:

- a) Gegenstände des Anlagevermögens, die ganz oder teilweise aus Eisen oder Nichteisenmetallen bestehen, wenn sie nicht der Weiterführung des

laufenden Fertigungsprogramms dienen oder in der Produktion nicht mehr eingesetzt werden können oder auch im nächsten Planjahr nicht mehr benötigt werden;

- b) Warenvorräte, wie Werkzeuge, Fertig- oder Halbfabrikate und Handelswaren, die ganz oder teilweise aus Eisen oder Nichteisenmetallen bestehen, wenn sie für die laufende Produktion oder für die Produktion des nächsten Planjahres nicht verwendbar sind oder sich wegen ihrer technischen Beschaffenheit als Handelsware nicht absetzen lassen.

(2) Bei der Deutschen Reichsbahn ist Schrott im Sinne der Verordnung das Material aus Eisen oder Nichteisenmetallen, das sich nach den Ausmusterungsrichtlinien der Deutschen Reichsbahn nicht mehr für ihre Zwecke verwenden läßt.

§ 6

(1) Die infolge der Verschrottung erforderlichen Wertberichtigungen des Anlagevermögens und der Umlaufmittel sind auf Grund des Schrottprotokolls bei den Institutionen vorzunehmen, bei denen die zu Schrott erklärten Gegenstände als Anlage- bzw. Umlaufvermögen aktiviert sind.

(2) Die Unterschiede zwischen Buchwert und Erlös aus Schrottverkäufen sind als Abwertungsverluste von der abgebenden Institution zu tragen.

(3) Die Buchungen haben nach der Buchungsanweisung Nr. 5 in der Fassung vom 15. Januar 1951, Abschnitt B, des Ministeriums der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik (Schriftenreihe Deutsche Finanzwirtschaft, Sonderheft 7, S. 170) zu erfolgen.

§ 7

Die Volkseigene Handelszentrale Schrott übernimmt die zu Schrott erklärten Gegenstände zu dem Schrottwert nach der Preisordnung Nr. 7 vom 20. Januar 1947 über die Regelung der Preise für Altstoffe (PrVOBl. 1948 S. 51).

§ 8

i Diese Durchführungsbestimmung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 20. Oktober 1951

Ministerium für Schwerindustrie
S e l b m a n n
Minister

Hinweis auf Veröffentlichungen im Ministerialblatt der Deutschen Demokratischen Republik

Die Ausgabe Nr. 32 vom 26. Oktober 1951 enthält:	Seite
Richtlinien vom 20. Oktober 1951 über die sparsame Verwendung von Metallen im Bauwesen	121
Bekanntmachung vom 13. Oktober 1951 über die Erteilung einer Sammlungsgenehmigung ...	122